

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Keine prekäre Beschäftigung bei der Volkshochschule

Die KölnSPD setzt sich für gute und sichere Arbeitsverhältnisse und die soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt ein. Bereits im Kommunalwahlprogramm 2014 hatte die KölnSPD gefordert:

„Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen gebrochen wird und Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, dass sie einer sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik entsprechen. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung sowie die städtischen und stadtnahen Gesellschaften ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeberin auch weiterhin gerecht werden. Ordentliche und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind aus Sicht der SPD auch die Basis für eine hohe und gleichbleibende Qualität der Dienstleistungen, ein gesundes Arbeitsklima und langfristig für die Gesundheit am Arbeitsplatz.“

Prekäre Beschäftigung darf nicht vordergründig abgelehnt und hintenherum praktiziert werden. Daher fordern wir für die überwiegend weiblichen Honorarkräfte an der VHS Köln:

Die Lehrkräfte in den Integrationskursen sollen verstärkt in Festanstellung beschäftigt werden. Der Rat der Stadt Köln soll daher die Verwaltung auffordern, die sachangemessene Anzahl von Planstellen für feste Lehrkräfte im Bereich der Integrationskurse zu ermitteln und dementsprechende Planstellen in den Stellenplan der Stadt aufzunehmen. Hierbei ist, wie im Lehrbereich üblich, nicht nur die reine Unterrichtszeit, sondern auch Vorbereitung, Nachbereitung und Korrekturzeit zu berücksichtigen.

Die weiterhin als Honorarkräfte beschäftigten Lehrkräfte sollen eine bessere soziale Absicherung erhalten. Der Rat der Stadt Köln soll daher beschließen, die Honorarordnung der Stadt an tarifliche Erhöhungen zu binden und den Honorarkräften eine Mindestsicherung im Bereich Krankenversicherung und Karenztage zu gewährleisten.

Der Rat der Stadt Köln soll die Oberbürgermeisterin auffordern, im Rahmen der Versammlung des deutschen Städtetags darauf zu dringen, städteübergreifende Regelungen für die Verankerung und Finanzierung der Integrationskurse an den Volkshochschulen mit dem BAMF zu vereinbaren, die den Lehrkräften ein normales Angestelltenverhältnis ermöglichen. Dies dient auch der Qualitätssteigerung bzw. Qualitätssicherung der Integrationskurse.

Begründung:

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Bisher von der Politik vernachlässigt und im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent sind die noch viel schlechteren Arbeitsbedingungen von Beschäftigten auf Honorarbasis. Hierbei handelt es sich um ein Beschäftigungsmodell, das im Bildungssektor verbreitet ist und weiter zunimmt. Betroffen sind arbeitnehmerähnliche Honorarlehrkräfte an den Volkshochschulen (z.B. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beauftragte Sprachkurse

für Migrant*innen), Beschäftigte an Musikschulen, Lehrbeauftragte an Universitäten u.v.m. Im Gegensatz zu selbst kurzen Arbeitsverhältnissen haben Honorarlehrkräfte keinerlei soziale Absicherung. Die zugrunde liegenden Verträge umfassen beispielsweise Zeiträume zwischen einem Semester (ca. 6 Monate) an Hochschulen und einem Kursabschnitt (ca. 5 Wochen) an Volkshochschulen und werden bei Bedarf immer wieder neu abgeschlossen, bzw. falls die Nachfrage nachlässt, auch spontan nicht abgeschlossen.

Bei der Lehrtätigkeit arbeitnehmerähnlich beschäftigter Lehrkräfte an den Volkshochschulen wird die reine Präsenzzeit in der Unterrichtssituation auf Honorarbasis bezahlt. Vor- und Nachbereitung, Korrekturen sowie Betreuung/beratende Kommunikation mit den Schülern/Studierenden werden nicht vergütet, aber selbstverständlich vorausgesetzt. Im Bildungssektor leisten ausgebildete Fachkräfte und hoch qualifizierte Akademiker systematisch und unter schwierigsten Rahmenbedingungen anspruchsvolle und notwendige Arbeit zu sehr geringen Stundensätzen.

Im Fall der Honorarkräfte an Volkshochschulen müssen von diesen Präsenzzeithonoraren nicht nur die vollständigen Krankenversicherungsbeiträge, sondern auch die vollständigen Rentenbeiträge selbstständig entrichtet werden. Im Grunde sollte auch noch in die Arbeitslosenversicherung allein eingezahlt werden, mit dem Ergebnis, dass dieser Punkt oftmals einfach ausbleibt. Musikschullehrer haben hier durch die Künstlersozialkasse einen Vorteil, auf den etwa die Sprachlehrer nicht zurückgreifen können. Ist die Honorarlehrkraft zu krank zu arbeiten, ist ein vollständiger Verdienstausschlag die Folge. Ebenso falls ein geplanter Kurs nicht zu Stande kommt. Auch der Mutterschutz bei arbeitnehmerähnlichen Honorarlehrkräften bleibt bislang ein kritisches Thema.

Die Interessenvertretungsregelung der arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte bei Stadt oder Kommune ist meist unklar oder nicht gegeben. Oftmals scheitert der Versuch sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen schon im Vorfeld an der Furcht, kurzfristig nicht weiter beschäftigt und mittellos zu werden (besonders wenn Familien zu versorgen sind), denn Kündigungsschutz ist in einer Arbeitswelt mit Kürzest-Verträgen ein Fremdwort.

Es handelt sich hier um eine großflächige strukturelle Benachteiligung qualifizierter Arbeitnehmer, die zentrale gesellschaftliche Aufgaben im Bildungssektor wahrnehmen. So entwickeln sich zunehmend Arbeitnehmer-Biographien, die von schlechten Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, sozialer Unsicherheit aufgrund fehlender sozialer Absicherung, Beeinträchtigung des Familienlebens schon ab der Familienplanung sowie drohender Altersarmut gekennzeichnet sind. Teilweise muss der Staat bereits unterstützende Zahlungen leisten, weil die Honorarlehrkräfte ihre Lebenshaltungskosten mit ihrer Tätigkeit allein nicht bestreiten können. Umfassend absehbar ist allerdings, dass mit diesen Arbeitsverhältnissen kein Rentenniveau erreicht werden kann, von dem man im Alter ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung menschenwürdig leben kann. Es ist notwendig hier rechtzeitig gegenzusteuern.

Bundesweit sind gut 275.000 Personen als kurzfristig Beschäftigte gemeldet, darunter gut die Hälfte Frauen.